

Japan im Angesicht zunehmender geopolitischer Spannungen: Stärkung des Multilateralismus?

Kerstin Lukner

Japan in the Face of Rising Geopolitical Tensions: Strengthening Multilateralism?

Russia's invasion of Ukraine marks a distressing escalation in global security tensions. The Russian aggression seeks to alter the territorial status quo in its immediate neighborhood, disregarding international law and weakening the global order. From Japan's perspective, Moscow's actions are unacceptable as they seek to challenge the universal values of the international community upon which both Japan's peace and prosperity depend.

Additionally, Russia's illegal war in Europe puts global attention on geopolitical tensions in other world regions, including Asia. China is actively expanding its regional influence and is embroiled in territorial disputes with Japan and other neighbors. It vigorously asserts its claim over Taiwan. Japan's Prime Minister Kishida has warned that the move to break international rules and law could find imitators in Asia, stating, <The Ukraine today may be East Asia tomorrow.>

This article examines how Japan deals with these geopolitical challenges on the international stage, particularly within multilateral forums like the United Nations, G7, and in the context of its cooperation with NATO. It becomes evident that the current geopolitical tensions limit the options available to the UN and its members. Therefore, Japan is alternatively utilizing smaller, value-based international alliances.

1 Einleitung

Im Jahr 2022 war Russlands Überfall auf die Ukraine der traurige Höhepunkt zunehmender sicherheitspolitischer Spannungen mit globalen Implikationen. Mit seinem Angriffskrieg will Russland den territorialen Status quo in seiner direkten Nachbarschaft ändern, das Völkerrecht ignorieren und die internationale Ordnung schwächen. Aus japanischer Sicht ist Moskaus Vorgehen inakzeptabel, greift es doch die universellen Werte der internationalen Staatengemeinschaft an, auf der ihr – und damit Japans – Frieden und Wohlstand basieren. Gleichzeitig trägt Russlands illegaler Krieg in Europa dazu bei, die Aufmerksamkeit auch auf geopolitische Spannungen in anderen Weltregionen zu lenken. In Asien bemüht sich die Volksrepublik China (nachfolgend China) mit Nachdruck darum, ihren regionalen Einfluss auszuweiten und ist mit Japan und weiteren Nachbarn in Territorialstreitigkeiten verstrickt. Seinen Besitzanspruch auf Taiwan vertritt Peking besonders aggressiv. Angesichts dieser Gemengelage warnt Japans Premier Kishida seit dem Frühjahr 2022 davor, dass die Politik des Regelbruchs und der Gesetzlosigkeit Nachahmer in Asien finden könnte (Kishida 10.06.2022): »The Ukraine today may be East Asia tomorrow«. Zudem verärgert es China bislang, die russische Invasion klar zu verurteilen und führt mit Moskau weiterhin gemeinsame Militärübungen durch; Russland und Nordkorea nähern sich wieder an, da Moskau für seinen Krieg Waffenlieferanten sucht. Die sicherheitspolitischen Schauplätze und Spannungslagen in Europa und Asien scheinen damit stark miteinander verflochten. Der folgende Beitrag stellt die Frage, wie Japan auf internationalem Parkett mit diesen geopolitischen Herausforderungen umgeht. Am Beispiel des Ukraine-Krieges beleuchtet er, wie sich Japan in ausgewählten multilateralen Foren (d. h. den Vereinten Nationen, der G7 und im Rahmen seiner Kooperation mit der NATO) positioniert, dort agiert und welche Zielsetzungen Tōkyō verfolgt. Der Beitrag macht deutlich, dass die derzeitigen geopolitischen Spannungen die Handlungsoptionen der VN und ihrer Mitglieder deutlich einschränken, sodass für Japan andere internationale Zusammenschlüsse – mit weniger Mitgliedern, aber mit »Wertepartnern« – an Bedeutung gewinnen.

2 Vereinte Nationen

Die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit liegt in der Verantwortung der Vereinten Nationen (VN) bzw. des Weltsicherheitsrates (VNSR). So hatten es die Siegermächte des Zweiten Weltkriegs (China, Frankreich, Großbritannien, Sowjetunion, USA) gemeinsam mit universellen Grundsätzen wie der Ach-

tung der souveränen Gleichheit der Mitglieder und ihrer territorialen Unversehrtheit sowie des Primats der friedlichen Lösung internationaler Streitigkeiten in der VN-Charta festgehalten. Im Falle des absichtlichen Bruchs des Friedens bzw. einer Angriffshandlung kann der VNSR völkerrechtsverbindlich unterschiedliche Schritte autorisieren – inklusive militärischer Zwangsmaßnahmen gegen den Aggressor. Problematisch hierbei ist, dass sich die fünf Siegermächte in der VN-Charta bedeutende Privilegien eingeräumt haben. Sie sind ständige Mitglieder im VNSR (sog. *Permanent Five* oder P5) und als einzige Akteure mit einem Veto ausgestattet, d. h. dass ihre positiven Stimmen bei Beschlüssen zu substanziellen Entscheidungen nicht fehlen dürfen (vgl. VN-Charta, Artikel 27 Absatz 3).

Mit Russlands Überfall auf die Ukraine, also dem Führen eines Angriffskriegs und der Missachtung der territorialen Integrität seines Nachbarn, hat ein ständiges Mitglied des Sicherheitsrats willentlich gegen die VN-Charta sowie das darin kodifizierte internationale Recht verstoßen und eine geopolitische Zäsur herbeigeführt. Dieser offene Bruch mit der regelbasierten internationalen Ordnung, die Russland (bzw. sein Vorgänger, die Sowjetunion) nach dem Zweiten Weltkrieg maßgeblich mitgeschaffen hatte, und Moskaus Androhungen der nuklearen Konflikteskalation hat Japans Premierminister Fumio Kishida in seiner Ansprache vor der 77. Generalversammlung (GV) scharf verurteilt (Kishida 20.09.2022): »It is crucial for all countries to be under the rule of law – not the rule by force, which we absolutely cannot allow (...). Threatening the use of nuclear weapons (...) is absolutely unacceptable«. Dieser von vielen VN-Mitgliedern geteilten Empörung zum Trotz verhindert Russland im VNSR durch sein Veto die Verabschiedung möglicher Resolutionen und Gegenmaßnahmen.

Tatsächlich wird der Sicherheitsrat bereits seit mehreren Dekaden in Hinblick auf seine Zusammensetzung und das Veto kritisiert: Der VNSR zementiere Machtverhältnisse aus längst vergangenen Zeiten, indem er den Siegermächten von damals bis heute besondere Rechte einräume; er sei in seiner seit 1956 unveränderten Komposition nicht mehr repräsentativ für die internationale Staatengemeinschaft von heute; der VNSR zeige sich viel zu häufig handlungsunfähig und dysfunktional und zwar insbesondere dann, wenn es um die Bewältigung von Krisen und Konflikten gehe, welche die Kerninteressen bestimmter P5-Staaten tangierten.

Ähnliche Einwände äußert auch die japanische Regierung spätestens seit dem Ende des Ost-West-Konflikts und fordert seither ebenso nachdrücklich wie erfolglos eine Neugestaltung der VNSR und damit verbunden einen ständigen Sitz für das eigene Land. Doch als in den Jahren 2004/2005 die Reformdebatte ernsthaft an Dynamik gewann und eine Neugestaltung des VNSR in den Bereich des Möglichen zu rücken schien, wurden auch die Gegner solcher Pläne bzw. die vermeintlichen

»Verlierer« einer Reform aktiv. In China organisierten sich mit Verweis auf Japans Kriegsvorgangeneit etwa anti-japanische Proteste gegen dessen Aufnahme in das höchste VN-Gremium. Als P5-Staat hätte China die ständige Mitgliedschaft für Japan leicht blockieren können, doch waren die damaligen Reformbemühungen aus vielfältigen Gründen zum Scheitern verurteilt. Die angemahnten Schwachpunkte des VNSR bestanden so fort (Lukner 2006).

Während der VNSR als Instanz zur ernsthaften Erarbeitung und Umsetzung von Vorschlägen zur Lösung des Ukraine-Konfliktes aufgrund des russischen Vetos handlungsunfähig bleibt, hat die GV Anfang März 2022 auf einer Notstandssondertagung mit großer Mehrheit in Resolution ES11-1 den Rückzug der russischen Truppen aus der Ukraine und die Rückgabe der sog. Teilrepubliken Donetsk und Luhansk gefordert. Japan war unter den 141 Staaten, die als Befürworter dieser Resolution auftraten, Russland befand sich unter den fünf Gegnern und China enthielt sich wie 13 weitere Staaten seiner Stimme. Anders als im Falle einer Resolution des VNSR ergeben sich aus GV-Entscheidungen keine völkerrechtlich bindenden Konsequenzen, sodass Moskau das beeindruckende Abstimmungsergebnis schlichtweg ignorierte. Darüber hinaus spielt die VN für Japan im Hinblick auf die Finanzierung und Bereitstellung von Versorgungsleistungen für die Ukraine eine Rolle. Tōkyō unterstützt u. a. die Entwicklungsorganisation der VN mit Geldern sowie das Flüchtlingshilfswerk mit Hilfsgütern, Transportflügen und Personal im Bereich Gesundheitsversorgung und trägt auf diesem Wege in kleinem Umfang zur Krisenbewältigung bei (PMO 23.06.2023).

Seit Beginn des Jahres 2023 ist Japan zum zwölften Mal für eine zweijährige Amtszeit im VNSR vertreten – einem Rekordwert unter den zehn nichtständigen Mitgliedern, die durch Wahlen bestimmt werden. Die Position korrespondiert mit Tōkyōs Anspruch, global Verantwortung für Frieden und Sicherheit übernehmen zu wollen. Allerdings beteiligt sich Japan nur in geringem Umfang an VN-mandatierten Entsendungsmissionen. Selbst im Rahmen seiner verteidigungspolitischen Beschränkungen nimmt Japan im VN-Kontext nur in sehr geringem Maße an *Peacekeeping* Operationen teil bzw. derzeit überhaupt nicht. Dieses Missverhältnis veranlasste einen kritischen Beobachter, den vom damaligen Premierminister Shinzō Abe im Rahmen der von ihm forcierten Neuausrichtung der japanischen Sicherheitspolitik geprägten Slogan des »proaktiven Pazifismus« (*sekkyokuteki heiwa shugi*) angesichts des tatsächlichen globalen Engagements Japans in den Begriff des passiven Pazifismus umzumünzen (Midford 2022: 716). Gleichzeitig liegt die Vermutung nahe, dass Tōkyōs sicherheitspolitischer Fokus vor allem wegen der zunehmenden Spannungen in Ostasien auf die direkte Nachbarschaft gerichtet ist.

Als Mitglied des VNSR profitiert Japan im Krisen- und Konfliktfall im Hinblick auf den Zugang zu wichtigen Informationen und kann konstruktiv zu den Debatten im VNSR beitragen. Im Ukraine-Krieg und der damit einhergehenden Infragestellung der regelbasierten internationalen Ordnung kann der VNSR aufgrund seines eigenen antiquierten Regelwerks (u. a. Veto-Recht für die P5) indes nicht als bedeutender internationaler Akteur in Erscheinung treten. Eine ähnliche Selbstblockade des Gremiums wäre aufgrund des P5-Status Chinas auch in denkbaren Kriseneskationen um Taiwan zu befürchten. Zwecks einer mit vielen Partnern abgestimmten Reaktion auf reale oder denkbare globale Krisen um P5-Mitglieder wie Russland und China hat Japan im multilateralen Kontext somit nur in anderen Foren Spielräume zur aktiven Mitgestaltung internationaler Politik.

3 G7

Zu diesen Foren zählen die jährlichen G7-Gipfeltreffen der wichtigsten Industrieländer, d. h. von Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada und den USA – sowie seit 2014 der EU als weiteren Partner mit Beobachterstatus. Die kleine Gruppe der G7-Staaten teilt einen Wertekanon, der auf demokratischen Prinzipien, dem Schutz der Menschenrechte und der Achtung des Völkerrechts bzw. der Rechtsstaatlichkeit beruht. Aus diesem Grund wurde die seit 1998 bestehende Zusammenarbeit mit Russland als G8 nach dessen Annexion der Krim im Jahr 2014 beendet. Im Jahr 2022 hat Moskaus Angriffskrieg auf die Ukraine die G7-Kooperation weiter befeuert. Zwar sind die G7 ursprünglich mit einem Fokus auf Wirtschaftsfragen gegründet worden, doch adressieren sie längst auch (sicherheits-)politische Problemlagen von globaler Reichweite wie die o. g. durch Russland verursachten Krisen oder etwa Chinas gewaltsame Niederschlagung der pro-Demokratie-Bewegung in Hongkong. Anders als die VN bzw. der VNSR ist der G7-Zusammenschluss ein informelles Forum, das keine völkerrechtlich bindenden Beschlüsse fassen kann.¹ Aufgrund des beträchtlichen wirtschaftlichen Einflusses seiner Mitglieder können dort getroffene Entscheidungen dennoch global Wirkung entfalten. Dies gilt besonders für gemeinsam verabredete Sanktionen im Wirtschafts- und Finanzsektor, deren Umsetzung gleichwohl freiwillig bleibt und nationalen Interessen nachgeordnet werden kann.

¹ Dies gilt nur für Einzelstaaten oder völkerrechtlich kodifizierte Staatengemeinschaften wie die VN oder die Europäische Union.

Für Japan zählen Sanktionen nicht zu den präferierten Instrumenten der Außenpolitikgestaltung. Nach der russischen Annexion der Krim im Jahr 2014 hatte Tōkyō die Strafmaßnahmen der G7 beispielsweise erst auf Druck der USA und äußerst unvollständig umgesetzt. Mit Blick auf die bilateralen Beziehungen zu Russland hoffte der damalige Premierminister Abe, durch die japanische Zurückhaltung eine Lösung des Territorialkonfliktes mit Russland um die sog. »Nördlichen Gebiete« (Südliche Kurilen) sowie die Aushandlung eines Friedensvertrags realisieren zu können. In sicherheitspolitischer Hinsicht wollte Abe eine Isolation Russlands zudem verhindern, um keine Anreize für Moskaus engere Annäherung an bzw. Vertiefung der strategischen Kooperation mit Peking zu setzen. 2022 galten beide Zielsetzungen als gescheitert und auch das Ausmaß der russischen Aggression zeigte eine deutlich andere Dimension, sodass Tōkyō das über die G7 koordinierte, umfangreiche und immer wieder erweiterte Sanktionsregime mit wenigen Ausnahmen im Energiebereich aktiv umsetzte und weitere Verschärfungen unterstützte. Die Sanktionsliste umfasste zunächst im Handelsbereich Importverbote für zahlreiche russische Waren oder Exportbeschränkungen für bestimmte Produkte wie Halbleiter sowie im Finanzsektor u. a. das Einfrieren russischer Vermögen, den Ausschluss Russlands vom SWIFT-System und vom Ankauf von Staatsanleihen, aber auch Reisebeschränkungen für gewisse Personen. Seit April 2023 ist der Export aller Güter und Technologien nach Russland verboten, die im Krieg gegen die Ukraine zum Einsatz kommen könnten. Damit hat das Sanktionsregime der G7, das großteils von den EU-Staaten mitgetragen wird, einen beispiellosen Umfang. Auch reisen Staats- und Regierungschefs der G7 seit Kriegsbeginn als Geste ihrer Solidarität und Unterstützung nach Kiew, um dort hochrangige ukrainische Politiker, häufig Präsident Wolodymyr Selenskyj selbst, zu treffen. Japans amtierender Premierminister Kishida bildete mit seiner Reise im März 2023 zwar innerhalb der G7-Gruppe das Schlusslicht, ist jedoch der erste japanische Regierungschef der Nachkriegszeit, der als Zeichen seiner politischen Entschlossenheit und Unterstützung ein Kriegsgebiet während eines noch andauernden Konfliktes besuchte.

2023 fiel die jährlich rotierende Präsidentschaft der G7 Japan zu, sodass Tōkyō für die Austragung des dreitägigen Gipfeltreffens der Staats- und Regierungschefs zuständig war und es in Hiroshima abhielt. Angesichts der wiederholten russischen Androhungen, auch vor dem Einsatz von Atomwaffen nicht zurückzuschrecken, war der Ort sicherlich mit Bedacht gewählt worden. Ferner bereitete Japan als Gastgeber die Agenda des Gipfels vor, die zahlreiche Themen wie etwa Abrüstung, Entwicklung, Klimawandel und Gesundheit abdeckte, aber den Fokus auf regionale und globale Spannungen lenkte. Zum einen setzte Kishida den Ukraine-Krieg sowie die Diskussion um eine Verschärfung der Sanktionen bzw. die Lieferung weiterer

militärischer Güter als einen wichtigen Schwerpunkt. Zum anderen lenkte er die Aufmerksamkeit auf die angespannte sicherheitspolitische Lage in Ostasien mit Japans schwierigen Nachbarn Nordkorea und China. Während Pjöngjang sein Raketen- und Atomprogramm kontinuierlich ausbaut und immer wieder Raketentests durchführt, treibt China seine Aufrüstung ebenso energisch wie intransparent voran und tritt im Kontext der zahlreichen Territorialstreitigkeiten in der Region zunehmend aggressiv auf – vor allem gegenüber Taiwan, in dessen Gewässern es immer wieder Militärübungen abhält. So wie Russland die Ukraine nicht als eigenständigen Staat anerkennen will, spricht China in einem ähnlichen Narrativ Taiwan die Souveränität ab und sieht die Insel als Teil des chinesischen Staatsgebietes. Vor diesem Hintergrund hob Premierminister Kishida das Eintreten der G7 für die Wahrung der Grundsätze des Völkerrechts als bedeutendste Botschaft des Gipfels hervor: »(...) the G7 is determined to respond in a united manner to any challenge to the existing international order based on the rule of law that we depend on, wherever it occurs. This unwavering determination is the most important message of this G7 Hiroshima Summit.« (Kishida 19.05.2023).

Neben den Regierungschefs der G7-Staaten sowie hochrangigen EU-Vertretern hatte Japan zusätzliche Gäste geladen – wie schon beim G7-Gipfel 2016 auf Ise Shima. Hierzu zählten Ukraines Präsident Selenskyj sowie Staats- und Regierungschefs, die qua Amt den Vorsitz bedeutender internationaler Gruppierungen innehatten oder bald haben werden (G20, Afrikanische Union, ASEAN, Pacific Island Forum), aber auch die politische Führung regionaler Nachbarn (Australiens, Südkoreas und Vietnams). Dadurch waren auch Mitglieder der QUAD (*Quadrilateral Security Dialogue*, d. h. Australien, Indien, Japan und USA) komplett vertreten. Durch diesen inklusiven Ansatz, d. h. der Miteinbeziehung unterschiedlicher Nicht-G7-Staaten, wollte Kishida einerseits Brücken zu Ländern des sog. Globalen Südens schlagen, die Russlands Aggression nicht gleichermaßen kritisch verurteilten bzw. sanktionierten wie die G7-Mitglieder. Zum anderen ging es ihm vermutlich darum, breiten Rückhalt für das auf Abe zurückgehende Konzept des »Free and Open Indo-Pacific« zu generieren und so vor allem mit spezifischem Blick auf den eigenen regionalen Kontext ein gemeinsames Bekenntnis zu Frieden, Wohlstand und der regelbasierten internationalen Ordnung (inklusive Freiheit der Schifffahrt, Achtung des Seerechts) abzulegen. Angesichts der angespannten geopolitischen Lage bemühte sich Kishida, der unter Abe bereits fünf Jahre als Außenminister (2012 bis 2017) fungierte, den G7-Vorsitz dafür zu nutzen, einen breiten multilateralen Austausch und die Bildung entsprechender (informeller) Koalitionen und Netzwerke mit Ähnlich- und Gleichgesinnten zu fördern.

4 NATO

Daneben hat der russische Angriffskrieg zu einer erneuten Intensivierung der Beziehungen Japans zur NATO (*North Atlantic Treaty Organisation*) geführt. Ebenso wie die G7-Mitglieder, die abgesehen von Japan alle zum NATO-Verbund zählen, teilen die Staaten auch hier einen grundlegenden liberalen Wertekanon, den sie durch Russland und China bedroht bzw. herausgefordert sehen. Beide Partner thematisieren seit einigen Jahren die Verflechtungen in der Sicherheit und Stabilität ihrer beiden Regionen und haben ein zunehmendes strategisches Interesse daran, sich etwaigen Herausforderungen gemeinsam zu stellen.²

Japan unterhält seit den 1990er Jahren formale Beziehungen mit der NATO, die sich anfangs auf ein Dialog-Format über sicherheitspolitische Fragestellungen beschränkten. Im Nachgang der Terroranschläge vom 11. September 2001 kam es zu einer ersten Zusammenarbeit im NATO-geführten Einsatz in Afghanistan, den Japan mit dem Verweis auf die entsprechenden VN-Resolutionen mit Tankflugzeugen sowie Hilfe in den Bereichen Humanitäres und Wiederaufbau unterstützte. Seit 2009 kooperieren beide Seiten bei der Bekämpfung der Piraterie zur Gewährleistung der maritimen Sicherheit am Horn von Afrika, wobei Japans Operationen entsprechend der Verfassungsvorgaben keine Kampfeinsätze umfassen. Japans Selbstverteidigungsstreitkräfte (SDF) konnten dennoch wichtige Erfahrungen in der multilateralen Zusammenarbeit mit NATO-Kräften sammeln. Während sich die Kooperation im Bereich der nichttraditionellen Sicherheit damit zu verfestigen schien und weiter formalisiert wurde, besannen sich beide Partner in den 2010er Jahren wieder deutlicher auf die sicherheitspolitischen Belange in ihrem jeweiligen regionalen Umfeld. Anlass hierfür waren für die NATO Russlands Annexion der Krim im Jahr 2014 bzw. für Japan Chinas zunehmend als aggressiv wahrgenommenes außenpolitisches Auftreten nach Xi Jinpings Amtsübernahme im Jahr 2012 (aber auch Nordkoreas anhaltenden Provokationen durch Raketen- und Atomtests).

Gegen Ende der 2010er Jahre kam es zu einer erneuten Annäherung in den Bedrohungsperzeptionen Japans und der NATO, da beide Partner die Entwicklungen in den Regionen Euro-Atlantik und Indo-Pazifik als risikoreich, miteinander verwoben und mit potentiell globaler Reichweite einstufen; beispielsweise benannte die NATO 2019 China erstmals explizit als gemeinsame Herausforderung der Allianz und spätestens seit 2022 schätzt auch Japan Russland als gefährlichen Aggressor ein, der durch das Bemühen um bilaterale Annäherung (wie zunächst unter Abe anvisiert) in seinem Vorgehen nicht beeinflusst werden kann. Im Juni 2022 nahm Kishida als erster japa-

² Dies gilt auch für den Bereich der ökonomischen Sicherheit (Lieferketten etc.).

nischer Regierungschef an einem NATO-Gipfel teil; zwei Monate zuvor hatte Außenminister Hayashi Yoshimasa erstmalig dem Treffen seiner NATO-Amtskollegen beigewohnt (MOFA 2022). Diese Praxis der regelmäßigen Konsultationen soll beibehalten werden. 2023 hob NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg bei seinem Japan-Besuch im Januar sowie beim Gipfel im Juli in Vilnius die Bedeutung Japans auch unter den AP4-Partnern (*Asia-Pacific Four*, d. h. Australien, Japan, Neuseeland, Südkorea) für die NATO (31.01.2023) hervor: »No partner is closer and more capable than Japan«. In Vilnius schloss Japan mit der NATO als Nachfolge des *Individual Partnership Programme* von 2014 ein sog. *Individually Tailored Partnership Programme* für den Zeitraum 2023–2026 ab, das u. a. auf die Stärkung politischer Konsultationen und der praktischen Kooperation im militärischen Bereich abzielt. Tatsächlich hatte sich Japan schon 2022 mit Einheiten der japanischen Marine an einer NATO-Übung im Mittelmeer beteiligt. 2023 nahm Tōkyō mit einem SDF-Transportflugzeug an einer NATO-Entsendungsübung in Deutschland teil, die mit ca. 10.000 Personen und 250 Flugzeugen in ihrer Größe bis dahin beispiellos war (JT 13.06.2023). Tōkyō gehört auch der NATO-geführten Kontaktgruppe zur Verteidigung der Ukraine an, die ihre Treffen in Ramstein abhält, und hat bislang zur Anschaffung nichtletaler Verteidigungsausrüstung für das ukrainische Militär USD 30 Millionen in den NATO Trust Fund eingezahlt (PMO 23.06.2023).

Die Auffassung, dass die NATO für Japan ein bedeutender sicherheitspolitischer Partner ist, hat sich laut Expertenmeinung mittlerweile im außenpolitischen Diskurs Japans etabliert (Sakaki 13.07.2022; Tsuruoka 28.06.2023). Aus japanischer Perspektive ist die NATO ein Gleichgesinnter, der das Fortbestehen der regelbasierten internationalen Ordnung durch Akteure wie Russland und China ebenso in Gefahr sieht wie Tōkyō selbst. Dass die Zusammenarbeit zwischen Japan und NATO heute vertieft werden kann, liegt nicht zuletzt an der Neuausrichtung der japanischen Sicherheitspolitik, die Premierminister Abe angesichts zunehmender regionaler Spannungen in den 2010er Jahren energisch vorangetrieben hat, und die nun neue Handlungsspielräume eröffnet.

5 Fazit

Japans Premierminister Kishida (20.09.2023) argumentierte Ende September 2023 in einer Debatte des VNSR: »There has never been a time when effective multilateralism (...) is more needed than now«. Diese Sichtweise spiegelt sich auch in Japans Herangehensweise zur Bewältigung jüngster geopolitischer Spannungen wider. Zwar bleibt die Allianz mit den USA zentraler Referenzpunkt der japani-

schen Sicherheitspolitik, doch nimmt die Bedeutung der multilateralen Zusammenarbeit mit Wertepartnern angesichts der Intensivierung der durch Krisen und neue Machtansprüche verursachten strategischen Herausforderungen für Tōkyō zu. Die Vertiefung der Kooperation mit Gleichgesinnten, mit denen Japan grundlegende Sichtweisen teilt, bzw. die Nutzung der entsprechenden multilateralen Zusammenschlüsse erweist sich hier als müheloser und effektiver als im Rahmen der VN mit ihrer globalen Mitgliedschaft. Letztere bieten auch revisionistischen Kräften wie Russland und China eine Bühne sowie über den VNSR bedeutende Einflussmöglichkeiten (Veto), obwohl sie die internationale Ordnung und ihr Regelwerk missachten oder zumindest in Frage stellen. Für Japan ist klar, dass die Nachkriegsordnung, das Völkerrecht und die regelbasierte Ordnung geschützt und beibehalten werden müssen. Die G7 bietet den Rahmen, um im Verbund mit anderen Wirtschaftsmächten den eigenen ökonomischen Einfluss zu diesem Zweck zu nutzen; Japans intensivierte Partnerschaft mit der NATO dient als Hinweis darauf, dass die Verteidigung dieser Ordnung mit militärischen Mitteln nicht völlig im Bereich des Udenkbaren liegt.

Der Blick in die Vergangenheit zeigt, dass geopolitische Spannungen das strategische Denken und sicherheitspolitische Handeln Japans auch im multilateralen Kontext nachhaltig beeinflussen können. Der Angriffskrieg des Irak gegen Kuwait zu Beginn der 1990er Jahre stieß eine Debatte um die Teilnahme Japans an VN-geführten Einsätzen an und leitete Japans Beteiligung an *Peacekeeping* Operationen ein. Der US-geführte Schlag gegen die Taliban in Afghanistan im Nachgang des 11. September 2001 führte im Kontext des Kampfes gegen den internationalen Terrorismus zur Verabschiedung eines Sondergesetzes zur Entsendung der SDF in den Indischen Ozean zur Hintergrundunterstützung. Die Ukraine-Krise und die Sorgen um die Sicherheit Japans und der Indo-Pazifik-Region fanden bei der Neuformulierung der Nationalen Verteidigungsstrategie von Dezember 2022 ihren Nachhall. Multilaterale Zusammenarbeit wird dort als wichtiger Aspekt betont.

Literatur

- JT (Japan Times)* (13.06.2023), »Japan Joins NATO Members for Massive Air Exercise as Russian and Chinese Challenges Loom«, <https://www.japantimes.co.jp/news/2023/06/13/national/nato-exercises-japan-attendance/> (23.09.2023).
- Kishida, Fumio (10.06.2022), *Keynote Address by Prime Minister Kishida Fumio at the IISS Shangri-La Dialogue*, https://japan.kantei.go.jp/101_kishida/statement/202206/_00002.html (23.09.2023).

- Kishida, Fumio (20.09.2022), *Address by Prime Minister Kishida at the Seventy-Seventh Session of the United Nations General Assembly*, https://www.mofa.go.jp/fp/unp_a/page3e_001242.html (23.09.2023).
- Kishida, Fumio (19.05.2023), »Under Japan's Presidency, Japan will Defend the Rule of Law«, In: *Financial Times*, <https://www.ft.com/content/746e4f66-3963-4991-860e-8cecb4673694> (23.09.2023).
- Kishida, Fumio (20.09.2023), *Statement by Prime Minister Kishida Fumio at the Security Council High Level Open Debate on »Upholding the Purposes and Principles of the UN Charter through Effective Multilateralism: Maintenance of peace and Security of Ukraine«*, <https://japan.kantei.go.jp/content/000135573.pdf> (23.09.2023).
- Lukner, Kerstin (2006), *Japans Rolle in der UNO: Grundlage für einen ständigen Sitz im Welt-sicherheitsrat?*, Baden-Baden: Nomos.
- Midford, Paul (2022), »Global and Regional Security Multilateralism«, in: Robert J. Pekkanen und Saadia M. Pekkanen (Hg.), *The Oxford Handbook of Japanese Politics*, Oxford: Oxford University Press, S. 701–721.
- MOFA (Ministry of Foreign Affairs Japan) (2022), *Japan-NATO Relations (as of December 2022)*, <https://www.mofa.go.jp/files/000049189.pdf> (23.09.2023).
- NATO (North Atlantic Treaty Organization) (31.01.2023), *Secretary General in Tokyo: No NATO Partner is Closer or More Capable than Japan*, https://www.nato.int/cps/en/natohq/news_211272.htm (23.09.2023).
- G7 (20.05.2023), *Hiroshima Leaders' Communique?*, <https://www.mofa.go.jp/files/100506907.pdf> (23.09.2023).
- PMO (Prime Minister's Office) (23.06.2023), *Japan Stands with Ukraine (June 23, 2023)*, https://japan.kantei.go.jp/ongoingtopics/pdf/jp_stands_with_ukraine_eng.pdf (23.09.2023).
- Sakaki, Alexandra (13.07.2022), »NATO and the ›Asia-Pacific Four‹: Renewed Purpose for Cooperation«, in: *9Dashline*, <https://www.9dashline.com/article/nato-and-the-asia-pacific-four-renewed-purpose-for-cooperation> (23.09.2023).
- Tsuruoka, Michito (28.06.2023), »The ›Russian Factor‹ in NATO-Japan Relations«, in: *United States Institute for Peace*, <https://www.usip.org/publications/2023/06/russia-factor-nato-japan-relations> (23.09.2023).